

Rechtsanwält:innen und Notar:innen, gerichtliche Erwachsenenvertretungen zu übernehmen, auf einen „Übergangszeitraum“ von drei Jahren begrenzen („*sunset clause*“).⁸ Schon jetzt ist aber klar, dass sich die Lage im Erwachsenenschutzrecht in drei Jahren keineswegs entspannen wird.

Das Erwachsenenschutzrecht krankt an seinem „Geburtsfehler“, den zu knapp dotierten Budgetmitteln für die Erwachsenenschutzvereine. Diese sollten in die Lage versetzt werden, alle Vertretungen zu übernehmen, die nicht in der Besorgung rein rechtlicher Angelegenheiten bestehen und von nahestehenden Personen nicht übernommen werden können oder sollen. Davon sind sie in der Realität weit entfernt.

Ein noch so ambitioniertes Gesetz kann nur erfolgreich sein, wenn es mit den nötigen Ressourcen „hinterlegt“ ist. Wenn schon Vertretung, die ja nach den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention und ihr folgend des 2. ErwSchG nur Ultima Ratio sein darf, dann sollte sie qualitativ sein. Diesen Anspruch erfüllen die Erwachsenenschutzvereine weitestgehend. Österreich ist – so betrachtet – auch völkerrechtlich verpflichtet, für eine ausreichende Dotierung der Vereine zu sorgen. Außerdem: Novellen im Erwachsenenschutzrecht sollten immer partizipativ erfolgen. Denn wer Autonomie von Menschen mit Behinderungen per Gesetz forcieren will, sollte sie auch im Gesetzgebungsprozess ernst nehmen.

Peter Barth

⁸ IA 379/A 28. GP.

i

Aktuelles

Das Ehe- und Partnerschaftsrechts-Änderungsgesetz 2025 (EPaRÄG 2025)

Ulrich Pesendorfer

176



Grundrechte und Familie

Rechtsprechung

- Fehlendes Recht des biologischen, aber nicht rechtlichen Vaters, die Änderung der Obsorge zu beantragen, liegt im gesetzgeberischen Gestaltungsspielraum

178



Kindschaftsrecht

Das Verhältnis der mediatorischen Verschwiegenheitspflicht zum Schutz des Kindeswohls

Lukas Gottschamel

178

Rechtsprechung

- Aktien aus Mitarbeiterbeteiligung als Teil der Unterhaltsbemessungsgrundlage 187
- Entfall des Geldunterhaltsanspruchs im betreuungsrechtlichen Unterhaltsmodell 187
- Kurzfristiges Ferialeinkommen nicht als Eigeneinkommen zu berücksichtigen 187
- Verfahrenshilfeantrag zur Erhebung eines Rekurses im Unterhaltsverfahren 187
- Unterhaltsvorschussanspruch von tschetschenischen Flüchtlingskindern in Österreich 187
- Rumänischer Bruchteilstitel als tauglicher Titel für Vorschussgewährung 187
- Entscheidung über die begehrte Abgabe der Erklärung der gemeinsamen Obsorge vor der Geburt des Kindes 187
- Keine Entziehung der gesetzlichen Vertretung ohne Gefährdung des Kindeswohls 188
- Ablehnung des Antrags des Vaters auf Fremdunterbringung der Kinder 190
- Änderung der Obsorgeverhältnisse aus Kindeswohlerwägungen 190
- Keine Neuregelung der Betreuungsverhältnisse ohne erhebliche Umstandsänderung 191
- Obsorgestreit zwischen Großmutter und Kinder und Jugendhilfeträger 192
- Obsorgestreit zwischen Vater und Großeltern nach neuer Gesetzeslage 193
- Erfolglose Schadenersatzklage von Pflegeeltern wegen „Entziehung des Kindes aus ihrem Betreuungsbereich“ 195
- Änderung einer Vereinbarung über das Kontaktrecht durch eine vorläufige Regelung 196
- Ausweitung des Ferienkontakts zu einem vier Jahre alten Kind 196
- Keine Sanierung einer Kindervertauschung durch Adoption 198
- Verfahren: Unterscheidung zwischen „echten“ und „unechten“ Aufhebungsbeschlüssen 198



Steuern, Beihilfen und Sozialleistungen

Rechtsprechung

- Kinderbetreuungsgeld bei Unterschreiten des Blocks von 61 Tagen 199
- Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld trotz mehrmonatigen Aufenthalts in den USA 199

- Kinderzuschuss zur Pension erfordert Schulbesuch des Kindes 199
- Zeit des Familienzeitbonusbezugs ist unionsrechtlich der Erwerbstätigkeit gleichgestellt 199



Erwachsenenschutzrecht

Erwachsenenschutzrechtliche Vollmachten im Grundbuchsrecht (Teil II)

Matthäus Uitz 200

Rechtsprechung

- Formale Anforderungen und Prüfungsmaßstab bei der Rechnungslegung 209
- Zur verfahrensrechtlichen Stellung naher Angehöriger im gerichtlichen Erwachsenen-
schutzverfahren 211
- Zur Anfechtbarkeit von Beschlüssen über Einstellungs- und Enthebungsanträge im
Erwachsenenschutzverfahren 213



UbG/HeimAufG/Medizinrecht

Rechtsprechung

- Örtliche Zuständigkeit nach Absiedelung einer psychiatrischen Abteilung in einen anderen
Gerichtssprengel 216
- Anwendung des HeimAufG bei Einzelbetreuung eines Kindes, Freiheitsbeschränkungen durch
Fixierung in Bauchlage, versperrtes Zimmer und Erschwerndecken 216



Ehe- und Partnerschaftsrecht

Ersatzfähigkeit psychischer Schäden bei gravierender Verletzung von ehelichen Pflichten, insbesondere der Treuepflicht

Erika Wagner / Anja Hartl 219



Erbrecht

Bewertung von GmbH-Anteilen im Verlassenschaftsverfahren

Patrick Mittlböck / Johannes Domanig 223

Rechtsprechung

- Grundbücherliche Streitanmerkung bei Erbschaftsklage 226
- Aufforderung zur Sicherheitsleistung 226
- Widerruf eines Vermächtnisses 228
- Beschränkte Haftung für Pflegevermächtnis 230
- Pflicht zur Sicherstellung des Schenkungspflichtteils 231



Internationale Aspekte

Düsseldorf-Linz-Symposium zum Internationalen Zivilverfahrensrecht 2025

Matthias Brunner 235

Nachruf auf William Duncan (25. 11. 1944 bis 3. 8. 2025)

Robert Fucik 236

Rechtsprechung

- Aufenthaltsstatut im Ehegüterrecht; Keine Aufteilung von Verlobungs- und Hochzeitsgeschenken 237
- Keine Rechtsgrundlage für die Anerkennung einer russischen Aufteilungsentscheidung 238
- Anwendbares Recht bei einstweiligem Unterhalt 239
- „Widersetzen“ des Kindes iSd Art 13 Abs 2 HKÜ 240
- Schwerwiegende Gefahr bei Rückführung: Kind stellt Tätigkeit der sexarbeitenden Mutter an sich
selbst nach 242



Recht einfach

Wie errichtet man eine Vorsorgevollmacht?

Gerda Schweda 244

Impressum

218